



Wochenschriftlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Inserionsgebühr für den Raum einer fünfteligen Seite in Preussischer 1 1/2 Sgr.

Redaction: Herrnhuterstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einm., an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 12. Mittag-Ausgabe.

Neunundvierzigster Jahrgang. - Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 8. Januar 1868.

Deutschland.

U. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 7. Januar.

23. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10 1/2 Uhr. Am Ministertische Graf Jsenpfliz, Graf zu Eulenburg, Frhr. v. d. Seydt und v. Seckow mit mehreren Commissarien. Das Haus ist namentlich auf seiner rechten Seite sehr lüdenhafte die Tribünen sind mäßig besetzt.

Präsident v. Jordanbeck eröffnet die Sitzung mit der Aufforderung an das Haus sich zu erheben, um das Andenken an den am 2. Januar d. J. verstorbenen Abgeordneten v. Walligorski zu ehren. (Geschlecht) Ein anderer Vertreter der Provinz Posen, Abg. Dr. Libelt, hat sein Mandat aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt. Neu eingetreten und verschiedenen Abtheilungen zugelassen sind die Abgg. Hagen, Stumm, Moscher und Legidi. Ausdann werden sehr zahlreiche Urlaubsgesuche genehmigt, u. a. des Abg. Reichenheim aus Gesundheitsrücksichten auf 4 Wochen, so daß statt seiner ein neues Mitglied für die Budgetcommission gewählt werden muß. Endlich wird mitgeteilt, daß in dem Postbureau des Abgeordnetenbures eine Annahmestelle für telegraphische Depeschen errichtet ist.

Vor der Tagesordnung bringt der Handelsminister Graf Jsenpfliz zwei Gesetzesentwürfe ein: Der erste betrifft die Beiträge zu den Communalwegebauarbeiten in der Provinz Hannover. Es existiren dort besondere Wegebauverbände, wo die hierzu nöthigen Leistungen gewissen Corporationen obliegen. Die erforderlichen Beiträge wurden früher als Zuschlag zu den hannoverschen Staatssteuern erhoben. Die früheren Steuern sind nun aber verändert; es ist deshalb notwendig, diesen Modus dem jetzigen Steuerstystem anzupassen. Die Staatskasse ist dabei nicht interessirt, ebenso wenig der hannoversche Provinzialfonds; das Gesetz betrifft vielmehr eigentlich nur eine Regulirung von Communalabgaben. Es ist aber trotzdem ein besonderes Gesetz dazu erforderlich, weil die bisherige Repartition auf einem Gesetze beruht, das noch nicht aufgehoben ist. Es würde sich daher empfehlen, das Gesetz der Gemeinde-Commission zu überweisen. Abg. v. Vinde (Minden): Ich beantrage Schlussberatung, in der Gemeinde-Commission dürfte man wohl doch mit den hannoverschen Verhältnissen nicht genügend vertraut sein.

Abg. Graf Schwerin: Das Votum muß ich bestreiten, wenn auch nur ein Mitglied der Commission der Provinz Hannover angehört.

Abg. v. Unruh: Ich muß ein für alle Mal davor warnen, Gesetze durch Schlussberatung zu erledigen; dies darf nur dann geschehen, wenn auch nicht der geringste Zweifel möglich ist. Sonst ist es sehr gefährlich, ein Gesetz durch eine enge Abstimmung ohne Commission-Vorberatung zu erledigen. Wenn durch irgend ein Mißverständnis, das oft nicht zu vermeiden ist, ein Beschluß herbeigeführt ist, so ist er gar nicht mehr zurückzunehmen; und dies ist sehr gefährlich.

Abg. v. Vinde (Minden) zieht seinen Antrag zurück und das Gesetz wird der Gemeinde-Commission überwiesen.

Handelsminister Graf Jsenpfliz: Das zweite Gesetz betrifft den Bau einer Eisenbahn von Gera über Saalfeld nach Eichicht. Die Bahn ist im Ganzen 10 Meilen lang, der preussische Staat ist aber nur mit 1,12 Meilen dabei interessirt. Die Bahn geht durch Weimar, Meiningen, Rudolstadt und Neuf. Durch einen Staatsvertrag hat nun Preußen, ebenso wie die übrigen Staaten, einen Theil der Zinsgarantie übernommen und die Staatsregierung beantragt nun, daß Sie diese Zinsgarantie genehmigen mögen. Gleich der preussische Staat nur mit einer verhältnißmäßig geringen Meilenzahl dabei betheiligt ist, ist doch der Bau der Bahn auch für die preussischen Interessen nicht ohne Wichtigkeit, die Bahn geht über Saalfeld und berührt den Ziegenrücker Kreis, ebenso wie die kirchlich dazu geslagene früher bairische Enklave Raulsdorf ganz wesentlich in ihren Verhältnissen. Die Bahn hat außerdem Interesse in Bezug auf die Eisenbergwerke von Raulsdorf, die wesentlich dadurch gewinnen werden, wenn die Transportmittel für das Kobaltenerz verbessert werden.

Auf den Vorschlag des Präsidenten wird das Gesetz den vereinigten Commissionen für Finanzen und Handel überwiesen.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der Commission für Handel und Gewerbe über die Petition des Agenten der deutschen Feuer-Versicherungs-Aetien-Gesellschaft in Berlin, R. Roy und Genossen, um Glas einer Declaration, wonach jede vom Staate concessionirte Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, eben die von denselben angeestellten Agenten auch Versicherungen auf Immobilien ohne jede Beschränkung annehmen dürfen.

Berichterstatter Abg. Hoene motivirt den Antrag der Commission, die Petition der Staatsregierung zur Erüdigung zu überweisen.

Abg. Woth wünscht die Beibehaltung der bestehenden Bestimmungen zum Schutz gegen Brandstiftungen.

Abg. Dr. Hamacher: Bestimmungen zum Schutze der Hypothekengläubiger gegen Brandstiftungen haben nichts mit der Gesetzgebung über Versicherungen-Gesellschaften zu thun. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit die Regierung auffordern, die gesetzliche Regelung dieses ganzen Gebietes und die so nöthigen Reformen auf demselben in etwas accelerirtem Tempo vorzunehmen, als es in den letzten Jahren der Fall war, daß sie zur völligen Freigebung des Versicherungswesens die nöthigen Schritte thut und die dieser Freiheit bisher entgegenstehenden Hindernisse beseitigt. Seit der Verordnung von 1861 hat die Gesetzgebung in dieser Richtung vollständig stillgestanden, und doch hätte sie gerade durch die Erweiterung des Staatsgebietes vermehrte Aufforderung zu einer Initiative in dieser Beziehung erhalten sollen. Gerade in den neuen Provinzen stehen diese joppartigen Hindernisse des Versicherungswesens in voller Blüthe, und die Regierung hat sie, trotzdem sie vermöge ihrer Dictatur dieselben hätte aufheben können, zum großen Theile ruhig fortbestehen lassen. So bedarf in Hannover jede Versicherungs-Agentur einer besonderen Concession der Staatsregierung, für die Ausfertigung jeder Police muß eine besondere Steuergebühr von 7/8 Sgr. entrichtet werden und mehr dergleichen. Ich hoffe, die Ueberweisung dieser Petition an die Staatsregierung wird dazu beitragen, daß sie mit der Einführung von Reformen etwas schneller vorgeht.

Nach einer kurzen Entgegnung des Abg. Woth wird der Antrag der Commission fast einstimmig angenommen.

Der mündliche Bericht derselben Commission über die Petition des Magistrats und der Stadtverordneten zu Tillitz um isdemige Ausföhrung des Hauses einer festen Brücke über den Remel-Stream in der Nähe der Stadt Tillitz wird auf Vorschlag des Präsidenten vorläufig von der Tagesordnung abgeseht, da dem Hause mehrere, dieselbe Sache betreffende neue Schriftstücke zugegangen sind.

Es folgt der Bericht der Finanz-Commission über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des § 2 des Gesetzes über die Ausföhrung der Landesvermessung in Hohenzollern-Hedingen vom 11. April 1859. (Dieser § legte die Kosten den Gemeinden, resp. den Grundbesitzern auf, die nunmehr auf die hohenzollern'sche Landkasse übernommen werden sollen.)

Die Commission beantragt unveränderte Annahme des Gesetzesentwurfes. (Referent Abg. v. Benda.)

Abg. Zwesten: Es ist nicht gerechtfertigt, daß die Vermessungskosten den Bethüligen in Hohenzollern-Hedingen abgenommen und auf die Landkasse übernommen werden sollen, und ich bringe daher ein Amendement ein, wonach nur zwei Drittel der Kosten auf die Landkasse übernommen, ein Drittel dagegen von den Grundbesitzern in Hohenzollern getragen werden soll. Nach dem Gesetze von 1859 hatten diese sämtliche Kosten zu tragen, und für diesen damals die Vermessung für so wichtig und ihnen selbst so vortheilhaft, daß sie sich selbst zur Uebernahme der Kosten erboten. Da ist es doch nur billig, daß sie wenigstens etwas dazu beitragen. Wir müßen die Bewohner von Hedingen ebenso behandeln, wie die der alten preussischen Provinzen. In Ostpreußen wurden die Regulirkosten gleichfalls von den einzelnen Provinzen übernommen und von ihnen dann auf die Grundbesitzer übertragen. Später wurden die allgemeinen Kosten der Vermessung vom Staate übernommen und nur die Kosten der Untertheilung, der speziellen Veranlagung den Grundbesitzern übertragen. Die Kostenquote, die der Staat übernimmt, betrug ungefähr zwei Drittel der Gesamtkosten, und diesen Grundpatz will ich auch auf Hedingen anwenden. Es handelt sich hier um ein bloßes Geschenk auf Kosten des einen Landestheiles an den andern; dem muß ich im Interesse der Gerechtigkeit widerprechen.

Reg.-Commissar Ambron: Die Gremplification des Vorredners auf die alten Provinzen trifft nicht zu, da die hier einschlagenden Verhältnisse durchaus anderer Natur sind. Außerdem handelt es sich hier eben nur um solche Kosten, die in den alten Provinzen als Grundsteuer-Veranlagungskosten angesehen und demgemäß auf die Staatskasse übernommen worden sind.

Abg. Evelt: Durch das Zwesten'sche Amendement würde den Forderungen der Gerechtigkeit nicht entsprochen und die Berufung auf die alten Provinzen ist nicht zulässig, da durch das Gesetz vom 22. Februar v. J. in Hedingen das Sigmaringen'sche Steuerstystem eingeführt worden ist, nach welchem die Grundsteuer in den hohenzollern'schen Landen auf ganz andere Grundlagen beruht als in den übrigen preussischen Landestheilen. Hier ist die Grundsteuer eine feste, neben den übrigen selbstständig dastehende Steuer, während sie in Hohenzollern eine Vermögensteuer ist, die den Nutzungswerth der verschiedenen Steuerobjecte capitalisirt und bestimmte Procente der Besteuerung festsetzt; beide lassen sich also nicht miteinander vergleichen. Das Amendement stößt sich darauf, daß die Untertheilungskosten, die etwa 1/3 der Gesamtkosten betragen, in den alten Provinzen von den einzelnen Grundbesitzern getragen worden sind; wenn man den hohenzollern'schen Grundbesitzern aus diesem Grunde einen gleichen Antheil aufzuerlegen wünscht, so ist dies deshalb ungerchtfertigt, weil von Untertheilungskosten dort überhaupt nicht die Rede ist. Ebenso wenig ist der Grund zureichend, daß die Steuer-Regulirung den Interessen des Realcredits gedient hätte, und daß es deshalb billig sei, die Grundbesitzer zu den Kosten heranzuziehen. Die Vermessung ist nur im Interesse der Steuer-Regulirung vorgenommen, und wenn dadurch gleichzeitig Privatinteressen gefördert wurden, so sind dieselben bereits genügend vergütet worden. Ich bitte Sie deshalb, die Regierungsvorlage unverändert anzunehmen.

Abg. Dr. Ebert: Auch ich bitte Sie, das vom Abgeordneten Zwesten gestellte Amendement abzulehnen, da ich das Princip aufrecht erhalten zu sehen wünsche, daß der Staat, wenn er eine Steuer erhebt, auch die zur Vorbereitung derselben nöthigen Kosten trägt. Wenn dies Princip verlegt worden ist, so bedauere ich, daß man Unrecht gethan, und wünsche, dasselbe nicht auf Hohenzollern auszuwehnen. Unsere Finanzverwaltung ist noch gut genug, als daß wir nöthig hätten, unser Augenmerk auf das Verfahren anderer Länder, etwa Oesterreichs, zu richten (der Finanzminister lacht) und dadurch die Ungerechtigkeit zu begehen, denjenigen die Kosten der Vorbereitung einer Steuer aufzulegen, welche dieselbe zu tragen haben.

Abg. v. Patow: Es ist die Pflicht der Regierung, die durch Veranlagung einer Steuer erwachsenen Kosten zu tragen, und ein bestehender Apparat, der dieser Pflicht nicht entspricht, muß durch einen andern ersetzt werden. Die citirten Beispiele Oesterreichs, Hannovers &c. passen nicht; viel eher hätte ich Frankreich angeführt zu sehen erwartet, welches allerdings für die Behauptungen des Abgeordneten Zwesten zu sprechen scheint, und doch ist auch hier die Belastung der einzelnen Grundbesitzer mit den Kosten der Aufstellung des Grundsteuer-Katasters nur eine scheinbare. Die Ausnahmen, die im preussischen Staate vorliegen, beruhen auf speziellen Verhältnissen und können einen anerkannten Grundpatz nicht umstoßen. Wären die hohenzollern'schen Lande dem preussischen Staate nicht einverleibt worden, so hätte man auch dort unmöglich anders verfahren können, es wäre also ungerecht und unpolitisch, die Grundbesitzer jetzt durch Belastung mit den Kosten schlechter stellen zu wollen als vorher; ich erlaube Sie, die Regierungsvorlage anzunehmen.

Nachdem der Referent v. Benda noch einmal kurz die Motive der Commission recapitulirt hat, wird die Generaldiscussion geschlossen. Zur Specialdebatte nimmt das Wort der Abg. Reichensperger: Die Frage über die Tragung der Steuerveranlagungskosten mag zweifelhaft sein, ich werde sie nur nach dem vorwiegenden praktischen Effect des vorliegenden Gesetzes entscheiden und glaube, daß ein willkürlich gegenübergestelltes Princip dem durch Präcedenzfälle der Praxis des Staates festgestellten Grundpatze weichen muß. Daß man bisher über die Vertheilung der Kosten nicht im Zweifel war, dafür berufe ich mich auf das eigene Zeugnis des Herrn v. Patow, der als Minister im Jahre 1861 kein Bedenken trug, die Veranlagungskosten den einzelnen Provinzen aufzulegen. Ich kann das Amendement des Abg. Zwesten deshalb weder für ungerechtfertigt noch für genügend widerlegt erachten, und nur praktische Gründe, wie eine im Verhältniß zu den alten Landestheilen zu hohe Belastung der hohenzollern'schen Grundbesitzer würden mich veranlassen, gegen dasselbe zu stimmen.

Nach einigen tatsächlichen Bemerkungen der Abgg. v. Vinde (Obernord) und v. Patow, der sein Verfahren als Minister durch die Rücksicht auf die Gerechtigkeit gegen die westlichen Provinzen motivirt, erklärt der Regierungs-Commissar Geheimrath Ober-Finanzrath Ambron, daß wenn auch die Bestimmung, nach welcher die aus der Staatskasse vorgeschossenen Kosten auf die Grundbesitzer ausgeschrieben werden sollen, nicht durch ein Gesetz beseitigt sei, es doch dem Recht und der Billigkeit entspreche, wenn man in Sigmaringen die Grundbesitzer von den Kosten freilasse, auch diejenigen Hedingens von einer Last zu befreien, die ihnen im Jahre 1859 nur in Folge eines tatsächlichen Irrthums der Regierung aufgebürdet sei. Nachdem auch der Referent Abg. v. Benda noch einmal den Commissions-Antrag befürwortet hat, wird die Regierungsvorlage unter Ablehnung des Zwesten'schen Amendements in ihren einzelnen Paragraphen und demnachst im Ganzen unverändert angenommen.

Es folgt der mündliche Bericht der Budget-Commission über die Vorlage, betr. die Nachweisung von den Staatseinnahmen und Ausgaben des J. 1866.

Ref. Abg. Asmann befürwortet den Antrag der Commission: „Das Haus wolle beschließen: die im § 4 des Gesetzes vom 14. September 1866 der Staatsregierung auferlegte Verpflichtung durch die erfolgte Vorlegung der Nachweisung von den Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres 1866 für erfüllt anzunehmen.“ Er hebt dabei hervor, daß die Ausgaben den gewährten Credit um ca. 4 Millionen überstiegen, und daß hierfür die Staatsregierung allerdings die nachträgliche Genehmigung des Landtags nachsuchen müsse. Sie habe diese Verpflichtung auch anerkannt und in der Commission erklärt, daß sie dies im Laufe der Session noch thun werde. Der Commissionsantrag wird ohne Debatte angenommen.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Finanz-Commission über die Petitionen der Repräsentanten des Amtes Gortorf (Krichner und Gen.), sowie des Buchalters Hane und Gen. aus Altona, in welchen beantragt wird: „daß die in den Jahren 1849 und 1850 von der Stathalterchaft in Schleswig-Holstein unter Genehmigung der damaligen Landesvertretung ausgeschriebenen Zwangsanleihen auf die preussische Staatskasse übernommen werden mögen.“

Ref. Abg. v. Benda befürwortet den Antrag der Commission: „Das Haus wolle beschließen, über die Petitionen, da aus denselben nicht erhellet, daß die Petenten sich mit ihren Forderungen bereits an die königl. Staatsregierung gewandt haben, deren Entscheidung sie zunächst einholen müßten, ehe das Haus der Abgeordneten sich mit der Prüfung ihrer Ansprüche befassen kann, zur Tagesordnung überzugeben.“

Abg. Dr. Ebert beantragt: „Die Petition zur nochmaligen Prüfung an die Finanz-Commission zurückzuweisen.“ Der Grund, daß der Instanzzenzug nicht inne gehalten, treffe hier nicht zu. Die Commission müsse deshalb die Petition sachlich prüfen und einen eingehenden schriftlichen Bericht erstatten, wie er der Wichtigkeit der Sache entspreche.

Abg. Graf Schwerin empfiehlt den Commissionsantrag.

Ab. Warburg spricht gegen den Commissionsantrag und für das Amendement Eberts. Redner läßt sich weitläufig über die Verhältnisse und die Stimmung in Schleswig-Holstein aus und erklärt es für eine dringende Pflicht der preussischen Regierung, den berechtigten Erwartungen, die in der Petition ausgesprochen sind, nachzukommen. Es liege dies durchaus im preussischen Interesse und werde auf die Stimmung, die durch mancherlei Unbilligkeiten getrübt worden sei, nur günstig wirken.

Abg. Dr. Ebert befürwortet nochmals sehr lebhaft sein Amendement; der Antrag der Commission widerpreche der Geschäftsordnung und der Verfassung; für solche Beschwerden sei das Haus das einzige Forum, wo man Gerechtigkeit verlangen und erwarten könne.

Abg. Graf Schwerin tritt dem Vorredner entgegen. Es sei nöthig, daß

die Staatsregierung erst eine Entscheidung treffe, ehe das Haus sich darüber entföheiden könne.

Abg. Dr. Wafed empfiehlt das Amendement Eberts. Die vorliegende Frage behandle keine bloße Privatfreiheit, sondern eine öffentliche Angelegenheit von großer Bedeutung. Die Staatsregierung könne ihren Standpunkt in der Commission zur Geltung bringen.

Abg. Dr. Ebert tritt nochmals den Ausführungen des Abg. Graf Schwerin entgegen und empfiehlt seinen Antrag.

Abg. Stavenhagen (zur Geschäftsordnung): Ich bitte den Herrn Präsidenten, es uns möglich zu machen, daß wir den Verhandlungen folgen können. Hier vor uns Redner sßt befanulich auf der rechten Seite gleich neben dem Präsidentensitz ist immer eine ganze Wand von Abgeordneten (Seiterseite), die unbeschreiblich ist. (Eine ganze Zahl von Abgeordneten der rechten Seite, die um den Präsidenten- und Stenographentisch herumstehen, begeben sich eiligst auf ihre Plätze.) Der Präsident fordert die Abgeordneten auf, während der Verhandlung ihre Plätze einzunehmen.

Referent Abg. v. Benda empfiehlt den Commissionsantrag und weist die Meinung zurück, als ob die Commission die wichtige Frage nicht sorgfältig genug behandelt habe. Durch die vorgelegene Tagesordnung, die ja eine motivirte sei, würden die Rechte der Petenten in keiner Weise getränkt. Der Weg an dies Haus stehe ihnen noch immer offen. Der Antrag der Commission auf Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen; dagegen die Fortschrittspartei, ein Theil der Nationalliberalen und des linken Centrums.

Schluss 2 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. Tagesordnung: 1) Zweite Abstimmung über den Antrag Lasker, betreffend die Declaration des Art. 84 der Verfassung; 2) Vorberathung des Budgets (Etat des Justizministeriums).

Berlin, 6. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Minister-Residenten v. Magnan den königl. Kronorden zweiter Klasse verliehen, sowie den Kreisger. Director Allderdt in Rogalen in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Rätebohl berufen und dem commissarischen technischen Mitgliede der königl. Direction der Westfälischen Eisenbahn, Eisenbahn-Bauinspector Keder zu Münster, den Charakter als Bauvath verliehen.

Berlin, 7. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Jügel-Adjutanten Major Grafen v. Lehndorff den Rohen Adlerorden vierter Klasse; sowie dem Regier.-Rath Nau zu Breslau den Titel Geheimrath, dem General-Commissions-Secrätär Braubander zu Münster und dem General-Commissions-Secrätär v. Lepelt hier selbst den Titel Rechnungsrath, sowie dem Generalpächter, Major a. D. Emil Scholz zu Bryggözie im Kreise Dronowo den Titel Oeconomie-Rath, und dem Seehandlungs-Buchhalter Heine und dem Seehandlungs-Hauptkassier-Controleur Fromm zu Berlin den Charakter als Rechnungsrath verliehen.

Der Privatdocent Dr. med. et phil. Carl Jessen in Elena ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität zu Gießen ernannt worden. — Die bisher. Hilfsarbeiter, Kassen-Diätarier Steinweg und Civil-Supernumerarius Mangelsdorf, sind als Kassen-Secrätäre bei der General-Staatskasse angestellt worden. — Der Kassen-Secrätär Kappelman ist zum Kassen-Buchhalter bei der Seehandlungs-Hauptkasse befördert worden.

Berlin, 7. Jan. [Vom Hofe.] Heute hatten bei Sr. Majestät dem Könige Vortrag der Polizei-Präsident v. Wurmb und der General-Adjutant v. Tredskow.

Zu den militärischen Meldungen, im Beisein des Gouverneurs und des Prinzen August von Württemberg königl. Höheit, waren unter Andern der General-Lieutenant v. Alvensleben und der kaiserlich russische Oberst Leer erschienen.

Ihre Majestät die Königin wohnte gestern der Sitzung des vaterländischen Frauen-Vereins im Handels-Ministerium bei. (St.-A.)

[Das Wahlbezirks-Gesetz.] Die Mittheilung einiger Zeitungen, daß die Regierung dem Landtage ein Wahlbezirksgesetz vorlegen wolle, können wir nicht allein als wahrscheinlich bestatigen, sondern noch dahin vervollständigen, daß die Vorlage schon in nächster Zeit bevorsteht. Die Regierung hat ja ohnehin die Verpflichtung, das Wahlverfahren in den neuen Provinzen auf eine gesetzliche Grundlage zu bringen, da es bisher nur provisorisch durch königliche Verordnung geregelt war. Nun wird es aber principiel geordnet werden, damit die Ungleichheiten in dem Wahlverfahren zwischen den alten und den neuen Provinzen verschwinden. In den neuen ist z. B. für jeden Abgeordneten ein besonderer Wahlbezirk bestimmt, in den alten kann ein Bezirk für mehrere Abgeordnete gelten. Liberale Stimmen, z. B. die „Elf, 34.“, ziehen die erstere Weise als die rationellere vor und als politisch zweckmäßiger. Von einer principiellen Abänderung des Wahlstystems verlautet jetzt nichts mehr, auch nicht von der Einführung der direkten Wahlen für den preussischen Landtag und scheint die Absicht nicht nur für den Augenblick aufgegeben, sondern sie ist in der That wohl als beseitigt anzusehen, sonst würde nicht erst ein neues Wahlbezirksgesetz vorgelegt werden.

[In Begleitung des Herrn Kriegsministers v. Ronn] auf seiner Reise nach der Schweiz befindet sich auch der zukünftige Schwiegersohn desselben, der Abg. v. Brauchitsch (Genthin). Derselbe hat beim Präsidium des Abgeordnetenhauses einen Urlaub zu diesem Behufe nachgesucht. Auch der Herr Kriegsminister v. Ronn, welcher bekanntlich als Vertreter des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow Mitglied des Abgeordnetenhauses ist, hat einen Urlaub, jedoch nur für die Dauer von 4 Wochen beim Präsidium des Hauses nachgesucht.

[Im Abgeordneten Hause] findet auf Anregung des Abgeordneten Dr. Kosa, Freiherr v. Foverbeil sowie mehrerer Mitglieder der conservativen Fraction eine Privat-Subscription für die Nothleidenden in Ostpreußen statt, welche schon heute im Laufe der Sitzung zahlreiche Zeichnungen aufzuweisen hatte.

[Der Vorstand des „Vaterländischen Frauen-Vereins“] hat in den letzten Tagen des Bezirks-Vereinen in Königsberg und Gumbinnen und den Kreis- und Local-Vereinen den Betrag von 14,500 Thln. überwiesen. — Von dem Ministerium für Handel &c. ist dem Vereine Frachtfreiheit auf den Staats-Eisenbahnen für Lebensmittel, Kleidungsstücke und Arbeitsmaterial gewährt worden.

[Der Abgeordnete Reichenheim], welcher schon in der Zeit vor Weihnachten wegen Unwohlseins den Sitzungen der Abgeordneten-Hauses nicht beiwohnen konnte, ist gegenwärtig ernstlich erkrankt und wird voraussichtlich den Sitzungen im Laufe dieser Session nicht mehr beiwohnen können. Er hat deshalb beim Präsidenten v. Jordanbeck einen längeren Urlaub nachgesucht und wird an seiner Stelle, da ihm, wie in früheren Jahren, die Zusammenführung der Beschlüsse des Hauses in der Budgetberathung auch diesmal übertragen war, ein anderer Abgeordneter zum Specialcommissarius des Hauses ernannt werden.

[Der Nothstand in Ostpreußen.] Die „Lith. Corr.“ schreibt: Die ersten Nachrichten über einen uns bedrohenden Nothstand sind in der That, wie wir hören, nicht aus dem landwirthschaftlichen Ministerium oder aus dem Ministerium des Innern, sondern aus dem Kriegsministerium in die höheren Regierungskreise gekommen. Als die Beamten dieses Ministeriums ihre Antawse von Cerealien und Nahrungsmitteln überhaupt machen, resp. Contracts für Lieferung derselben im Herbst in gewohnter Weise abschließen wollten, wurde es ihnen in den Verhandlungen bald klar, daß die Vorräthe sehr mangelhaft seien, daß die Ernte dem Bedarfs durchaus nicht genüge

und das man somit einem Nothstande entgegengehe. Auf diesem Wege soll die Sache zuerst zur Sprache gekommen sein.

Schleswig, 7. Januar. [Brand.] In der Nacht von gestern auf heute brannte das von General v. Manteuffel renovirte Gebäude des Generalcommandos nieder.

Hamburg, 7. Januar. [Goldlager in Rußland.] Der Hamburger „Börsenhalle“ wird aus Nikolajewsk am Amur berichtet, daß bei Madjostock überaus reiche Goldlager entdeckt worden seien.

Dresden, 7. Januar. [Für die Nothleidenden in Ostpreußen.] Ein Ministerialerlaß weist die Ortspolizeibehörden an, die Sammlungen für die Nothleidenden in Ostpreußen zu gestatten, ohne erst vorher die vorschrittsmäßige Genehmigung des Ministeriums einzuholen.

München, 7. Januar. [Die Bewaffnung der Armee.] In der am Donnerstag stattfindenden Sitzung der Abgeordnetenkammer wird Abg. Jordan eine Interpellation an den Kriegsminister betreffend die Bewaffnung der Armee richten.

Stuttgart, 7. Januar. [Die Abgeordnetenkammer] nahm in heutiger Sitzung die neue Civilproceßordnung en bloc mit 79 gegen 2, und die Aufhebung der körperlichen Züchtigung mit 77 gegen 3 Stimmen an.

Karlsruhe, 7. Januar. [Die erste Kammer] nahm in der heutigen Sitzung das dem preußischen analoge Militärstrafgesetz den Vorschlägen der Commission gemäß einstimmig an.

Breslau, 8. Jan. [Der Personenzug aus Wien] hat heute in Oberberg den Anschluß an den Personenzug nach Breslau nicht erreicht.

Hermisdorf u. A., 5. Jan. [Hoher Besuch. — Burg Rynast. — Hörnerschlitten.] Am 1. d. M. waren folgende hohe Herrschaften: Ihre Hoheiten, der Herzog Paul Friedrich von Mecklenburg nebst Prinz und Prinzessin, Prinz Heinrich von Reuß und Prinzessin Reuß nebst Prinz Heinrich XXVIII. und Se. Excellenz Graf Eberhard zu Stolberg.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 5 columns: Barometerstand bei 0 Grad, Lufttemperatur der Luft nach Reaumur, Lufttemperatur, Windrichtung und Stärke, Wetter. Data for Breslau 7. Januar and 8. Januar.

Breslauer Börse vom 8. Jan. [Schluß-Course (1 Uhr Nachm.)] Russisch Papiergeld 84 1/2 Gd., Oesterr. Banknoten 84 1/2 — 84 bez. und Gd.

Breslau, 8. Januar. Preise der Cerealien. Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silber Groschen. Weizen, weißer 116—120 114 108—112 Gerste

Telegraphische Depeschen

Wien, 8. Jan. Die „Debatte“ erzählt, daß den letzten Schritten Oesterreichs, Frankreichs und Englands bei der Pforte befehligen Generallistung der an Oreta gewährten Zugeständnisse auch Preußen sich anschloß, während Italien und Rußland fernblieben.

juinais und General Allard theilhaftigen, einstimmig angenommen. Morgen findet keine Sitzung statt.

Nach Briefen aus Beirut vom 24. December v. J., welche die „Patrie“ veröffentlicht, hat der General-Gouverneur des Libanon, Daub-Pascha, seine Entlassung genommen.

Brüssel, 7. Januar. Der König wird, den letzten Bestimmungen zufolge, sich nicht persönlich zu den Beisetzungsfeierlichkeiten des Kaisers Maximilian nach Wien begeben, sondern durch den Oberhofmarschall, Grafen van der Straten-Ponthoz, die königliche Familie vertreten lassen.

Florenz, 7. Januar. Die Oppositionsblätter tadeln die Zusammensetzung des neuen Cabinets als den Erwartungen der Partei nicht entsprechend, und glauben, das Parlament werde die Discussion über die auswärtige Politik bei Berathung des Budgets sofort wieder aufnehmen.

Ital. Rente 49, Napoleonsd'or 23.

Liverpool, 7. Januar. Der Dampfer „Chrysolite“, von Pernambuco kommend, ist hier eingetroffen. Derselbe hat keine wichtigen politischen Nachrichten überbracht.

Petersburg, 7. Jan. Ein kaiserl. Ukas hebt die Bestimmungen des Ukases vom 26. Mai v. J. wieder auf, durch welchen es compromittirten und erlittet gewesenen Bewohnern der westlichen Gouvernements, soweit dieselben den niederen Volksklassen angehören, gestattet worden war, nach dem Königreiche Polen überzusiedeln.

Washington, 6. Jan. Das Haus der Repräsentanten hat eine Resolution angenommen, welche dem General Sheridan den Dank für seine Dienste ausdrückt und Johnson wegen dessen Entfernung vom Commando tadeln.

Durch dieselbe Resolution wird der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten beauftragt, sofortige Schritte wegen der Mißhandlung amerikanischer Bürger durch die britischen Behörden in Irland zu thun.

Alexandria, 6. Jan. Eine schreckliche Feuerbrunst hat in Hongkong gewüthet, bei welcher eine Anzahl chinesischer Schiffe (Junks) und mehrere Speicher verbrannt sind.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

Paris, 7. Januar, Nachm. 3 Uhr. Festschluß matt. Consols von Mittags 1 Uhr waren 92 1/2 gemeldet. — Schluß-Course: 3% Rente 68, 75—68, 82 1/2. Italiensche 5% Rente 42, 00 cp. det.

London, 7. Jan., Nachm. 4 Uhr. In die Bank sind heute 28,000 Pfd. St. geflossen und aus der Bank 15,000 Pfd. St. nach Egypten gegangen.

Frankfurt a. M., 7. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluß-Course: Wiener Wechsel 98. Oesterr. National-Anleihe 53 1/2. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 76 1/2.

Hamburg, 7. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 84. National-Anleihe 54 1/2. Oesterr. Credit-Actien 76 1/2.

Breslau, 7. Januar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Für Weizen loco Abgeber sehr zurückhaltend, auf Termine sehr fest.

Manchester, 7. Jan., Nachm. (Von Hardy, Nodan u. Sons.) Garne, Notierungen per Pfund: 30r Mule gute Mittel-Qualität 9 1/2.

Breslau, 7. Jan., Nachmitt. Rüböl pr. Januar 92, 75, pr. Mai-August 94, 00, pr. September-December 94, 00.

Berlin, 7. Jan. Ohne daß sich eine rechte Erklärung dafür finden ließe, erschien die Hauffe-Tendenz der Börse trotz der glänzigen Anregung, welche Paris gegeben, heute etwas abgeschwächt.

Wahlverein der nationalliberalen Partei. Mitglieder-Versammlung Freitag den 10. d. M. Abends 8 Uhr, im Saale des Café restaurant (Carlsstraße).

fest, aber ohne Leben; manche in den Courfen anziehend, nur Mastricht trug man niedriger an; die Steigerungen sind nirgends beträchtlich.

Berlin, 7. Januar. Weizen loco 85—102 Tlir. nach Qualität. — Roggen loco 78—80 Pfd. 7 1/2—7 5/8 Tlir. pr. 2000 Pfd. bez.

Breslau, 8. Januar. Auch am heutigen Markte blieben Zufuhren höchst belanglos, Preise waren ferner steigend.

Weizen gefragt, pr. 84 Pfd. schlesischer weißer 106—118 Sgr., gelber 106—116 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt.

Rübsaat, rothe wenig verändert, 13—14—15 Tlir. pr. Ctr., hochfeine über Notiz, weiße mehr angeboten, 19—22 Tlir. pr. Ctr., hochfeine über Notiz.

Berliner Börse vom 7. Januar 1868.

Table with columns: Fonds- und Geld-Course, Eisenbahn-Stamm-Actien, Ausländische Fonds, Bank- und Industrie-Papiere. Includes data for Staats-Anl., Kur-u. Neumark, and various bank shares.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien, Wechsel-Course. Includes data for Berg-Märkische, Köln-Minden, and various exchange rates.

Militär-Wochenblatt.] Besetzung der Landwehr-Bezirks-Commandeure stellen nach der neuen Landwehr-Bezirks-Einteilung am 1. Januar 1868.

IX. Armee-Corps. 1. Hanseat. Landw.-Regt. Nr. 75. 1. Bat. (Bremen). Major Brüggemann, aggregirt dem 3. Brandenb. Infanterie-Regt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graf, Barth und Comp. (B. Friedrich) in Breslau.